

19. Juni 2020

Maria Guadalupe Rivera Garay und  
Gilberto Rescher

## **Der Wert der als Unqualifiziert geltenden: Wie Migranten plötzlich systemrelevant werden**



Maria Guadalupe Rivera Garay, gebürtige Mexikanerin aus dem Valle del Mezquital, promovierte im Fach Soziologie an der Universität Bielefeld und lehrt an der Universität Hamburg im Bereich der Lateinamerika-Studien



Gilberto Rescher ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Zentrum der Universität Hamburg sowie Koordinator der Hamburger Lateinamerika-Studien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen (Lokal-)Politik, Entwicklung, Migration, Transnationalität/Translokalität, indigene/ethnische Gruppen, Gender und qualitative Methodologie.

Für einige von uns ist diese Zeit etwas surreal, denn plötzlich ändern sich Erkenntnisse wie man es nie erwartet hätte. Politiker in einigen Ländern Europas wie auch in den USA loben Migrant\*innen und Saisonarbeiter\*innen (in den USA sogar Migrant\*innen ohne Papiere), erkennen sie als wichtig an, und deklarieren sie für essentiell und systemrelevant für die Versorgung ihrer Länder.

Boris Johnson, der britische Ministerpräsident, bedankte sich öffentlich besonders bei zwei Migrant\*innen, der Krankenpflegerin Jenny aus Neuseeland und dem Pfleger Luis aus Portugal, die sich während seines Aufenthalts im Krankenhaus aufgrund seiner Covid-19-Erkrankung intensiv um ihn gekümmert hatten. Damit erkannte er an, wie wichtig und relevant die Arbeit solcher Menschen im Gesundheitssektor Großbritanniens ist. Eine ironische Wendung, hatte er doch vor nicht einmal drei Monaten noch eine ganz andere Meinung vertreten. Als essentielles Element des Brexit kündigte er damals die Schließung der Grenzen Großbritanniens und eine strengere Visa-Politik an, besonders für Menschen wie Jenny und

Luis und andere, die nicht als Hochqualifizierte gelten. Schließlich war der Diskurs der Verhinderung von sogenannter unqualifizierter Migration offenbar generell eine der treibenden Kräfte auf Seiten der Brexit-Befürworter gewesen, die diese als wirtschaftlich unnötig und damit unerwünscht deklarierten.

In Deutschland kämpften gleichzeitig Bäuerinnen und Bauern darum, dass die Regierung die Einreise von Erntehelfer\*innen aus Osteuropa ermögliche, da sonst ihre Ernten besonders an Spargel und Erdbeeren verloren gehen würden. Sozialverbände beklagten derweil, dass Pflegekräfte aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern wegen der Corona-Pandemie das Land verließen oder andere aufgrund von Einreisebeschränkungen oder auch schlicht aus Sorge nicht zum „Schichtwechsel“ nach Deutschland kamen und es daher einen Mangel an Arbeitskräften insbesondere in der privaten Altenpflege gibt. In Spanien und Italien, Länder die besonders von Covid-19 betroffen sind und für die die Landwirtschaft ein wichtiger ökonomischer Sektor ist, wird seit Wochen ein Mangel an Arbeitskräften beklagt, die normalerweise aus nordafrikanischen Staaten, Rumänien oder Bulgarien stammen und wegen der Epidemie nur schwer einreisen können. Daher befürchten viele Bäuerinnen und Bauern den Verlust ihrer Ernte, somit eine Katastrophe in der Landwirtschaft und schwere Schäden für die gesamte Ökonomie. In Portugal wurde sogar relativ früh eine Art Amnestie dekretiert, durch die allen registrierten irregulären Migrant\*innen, Asylbewerber\*innen, Geduldeten etc. der gleiche Zugang zum Gesundheits- und zum Sozialsystem wie portugiesischen StaatsbürgerInnen gewährt wird, wenn auch vermutlich nur temporär.

Nebenbei verrät Donald Trump in den USA selbst klammheimlich seine eigene Migrationspolitik und seine nationalistisch-protektionistische Haltung, die durch die bekannten Aussagen im Sinne von „America First“ hinlänglich charakterisiert wurde. Plötzlich benennt er die Tätigkeiten in der Landwirtschaft, die in der Mehrheit von irregulären Migrant\*innen aus Mexiko und in geringerem Maße aus anderen lateinamerikanischen Ländern übernommen werden, als unverzichtbar und grundlegend für die Versorgung. Dazu fordert er Erntehelfer auf, besonders aus Zentralamerika, sich in ihren Ländern zu mobilisieren und Visumsanträge nachzureichen, damit sie so schnell wie möglich in den USA arbeiten können. Ärzt\*innen und Krankenpfleger\*innen, die bereits auf ein Visum warten, sollen sofort in die USA einreisen dürfen und direkt in das Gesundheitssystem einsteigen. Er deklariert nun „Wir schließen nicht unsere Grenzen, ihr sollt kommen, ich habe den Farmern mein Wort gegeben.“

Solche surreal wirkenden Diskurse und Aufrufe hören wir alltäglich in Zeiten von Corona. Migrant\*innen, Erntehelfer\*innen, Krankenpfleger\*innen, Ärzt\*innen, Kassierer\*innen, LKW-Fahrer\*innen werden gelobt, gebraucht und sogar Erntehelfer\*innen mit Sonderflügen aus ihren Ländern geholt. Die Frage hier ist, ob diese Menschen und ihre Arbeitsbereiche nachhaltig anerkannt und ihre Leistung gerecht entlohnt werden. Ob bspw. Erntehelfer\*innen ohne Papiere, die in den USA, Spanien, Italien, Großbritannien oder Deutschland bisher unter mehr oder weniger prekären Bedingungen arbeiten und verhältnismäßig schlecht bezahlt werden, einen legalen Status erhalten. Oder ob sich für Krankenpfleger\*innen die Arbeitsbedingungen verbessern und sie angemessener bezahlt werden. Bisherige Erfahrungen zeigen uns leider, dass solche Bereiche und Menschen, obwohl sie immer für das System relevant gewesen sind und in Krisenzeiten als essentiell wichtig anerkannt werden, später wieder in ihre alte Position zurückgedrängt werden. Wir befürchten, dass dies auch diesmal der Fall sein wird, denn zum einen beweisen soziale Gefüge, und damit auch ökonomische wie politische Ordnungen, eine große Stabilität. Nach Krisenzeiten bleiben gewisse Änderungen erhalten, sie werden aber grundlegend in die bisherige Rationalität der Gesellschaft, in die soziale Ordnung der Verhältnisse, eingebettet. Beispiele dafür finden sich im Migrationskontext mit dem Ende des *Bracero*-Programms, mit dem während des zweiten Weltkriegs mexikanische Arbeitskräfte für die USA angeworben wurden oder auch dem Auslaufen der sogenannten Gastarbeiterprogramme in Deutschland.

Zum anderen und vermutlich viel bedeutender bemisst sich der ökonomische Wert der Leistung dieser Menschen ja in der Regel gerade durch die Prekarität und häufig die Illegalisierung dieser Menschen. Schließlich wird es in der Regel erst durch ein entsprechendes Arrangement möglich Menschen zu Arbeitsverhältnissen zu bewegen, die nicht dem entsprechen, was Angehörige der Gesellschaft akzeptieren, zu im Vergleich niedriger Entlohnung und problematischen Arbeitsbedingungen, die sich oft aus den Bedingungen des Arbeitsfeldes ergeben, aber auch aus einem ökonomischen Druck, den wir alle über Erwartungen an Preise mitverantworten.

Dies funktioniert nur, und das ist unser zentraler Punkt, durch eine fortlaufende Abwertung der Kenntnisse und Fähigkeiten dieser Gruppen. Ihnen wird in der allgemeinen Wahrnehmung ihr Wissen abgesprochen, ihre Tätigkeiten werden als einfach abgestempelt und sie selbst als unwissend, ohne jegliche Spezialisierung und damit letztlich als unqualifiziert konstruiert. Ein nicht ungewöhnliches Phänomen der, vereinfacht gesagt, Ausblendung, das in der Soziologie als „System des Nichtwissens“ bezeichnet wird.

Nun stellt die Welt plötzlich fest, dass sie nicht einfach zu ersetzen sind und eben doch über teils sehr spezielles Wissen verfügen. Nicht zu Unrecht verweist Margarete Stokowski in ihrem Artikel bei *Spiegel-Online* darauf, dass in Zeiten von Corona sichtbar werde, was bezogen auf Migration und Solidarität relevant sei, denn wenn nur 50 gefährdete Minderjährige aus griechischen Flüchtlingslagern geholt, dagegen aber 80.000 Erntehelfer eingeflogen werden, stünden im Mittelpunkt nicht der Mensch und die Gesellschaft, sondern die Rettung der jetzigen Wirtschaftsweise. In diesem Sinn sind die aktuellen o.g. Diskurse und Aufrufe von politischen Verantwortungsträgern vorrangig politisch und wirtschaftlich motiviert. Obwohl sie an unsere gesellschaftliche Solidarität und Verantwortlichkeit appellieren und diskursiv Wertschätzung für bisher in Arbeitshierarchien und der sozialen Strukturierung weit unten angesiedelte Menschen ausdrücken, zeigt die reale Politik diverser Länder, dass letztlich schlicht ökonomische Interessen im Zentrum stehen. Hier ist Stephan Lessenich zuzustimmen, wenn er in seinem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau schreibt, dass die neue Solidarität Grenzen habe und eigentlich altem Konkurrenzdenken folge. Wir können also feststellen, dass sich, trotz schöner klingender Diskurse, die bisherige Logik unseres Systems nicht zwingend grundlegend ändern wird.

Nichtsdestotrotz erkennen wir Menschen, dass wir in Zeiten von Krisen sehr solidarisch sein können. Das haben wir in Deutschland zuletzt 2015 bei der Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland erlebt, (wenn auch von vielen als „Flüchtlingswelle“ verunglimpft) als zahlreiche Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen erklärten, Flüchtende zu unterstützen und mit offenen Armen willkommen zu heißen. Jetzt erleben wir wieder breites solidarisches Handeln, wenn Menschen sich gerne für andere organisieren und bspw. für Ältere einkaufen oder Landwirten bei der Ernte helfen wollen, da diese durch den möglichen Verlust ihrer Ernten grundlegend in ihrer Existenz bedroht sind. Wir denken aber, dass es jetzt auch ein wichtiger Beitrag von uns als Bürger\*innen wäre, die Bedeutung der Arbeit der oben genannten Gruppen zu erkennen und von der Politik eine stärkere Anerkennung einzufordern, die nicht nur, wie oben beschrieben jetzt in der Krise geäußert wird, sondern jenseits dieser Diskurse nachhaltig sein muss. Landwirte berichten, dass sie von solcher Solidarität sehr berührt waren, aber letztlich auf Erntehelfer angewiesen sind, um ihre Ernten zu retten. Diese verfügen über spezifische Erfahrungen und Wissen verfügen, das freiwilligen Helfer\*innen aber auch Arbeitslosen oder Asylbewerbern, auf die staatliche Stellen als Ersatz verwiesen haben, in der Regel fehlt. Wir müssen jetzt endlich verstehen, dass nicht einfach jeder Spargel, Erdbeeren

oder später im Jahr Weintrauben ernten kann. Dafür wird außer der reinen Arbeitskraft auch viel Erfahrung, Disziplin und Flexibilität benötigt, also eine spezifische Qualifikation, die bisher kaum anerkannt wird. Die nötigen Eigenschaften und Kenntnisse finden sich eben bei den meist geringgeschätzten Arbeiter\*innen aus Osteuropa oder im Falle der USA aus Mexiko, sei es in Bezug auf Landwirtschaft oder auf Pflege oder viele andere Bereiche, und diese Qualifikation nimmt besonders in den Gruppen zu, die seit langem hier arbeiten. Dazu kommt die Verlässlichkeit dieser Arbeiter\*innen. Dies ist sicher einer der Gründe dafür, warum häufig von Freundschaften zwischen Landwirten und anderen Arbeitgebern und ihren (irregulären) Beschäftigten oder zumindest den Vorarbeitern gesprochen wird, auch wenn sich dies nicht unbedingt in einer Veränderung der Arbeitsbedingungen ausdrücken kann, weil ja „konkurrenzfähig“ produziert werden muss.

Es ist ersichtlich, dass es sich für die Landwirte nicht um einen kurzen Zeitraum handelt, sondern es um die Existenz ihrer Höfe geht, da jetzt zwingend die Ausgaben für das ganze Jahr erwirtschaftet werden müssen. Daher entsprechen die Vorschläge, die nun von staatlicher Seite gemacht wurden, nämlich arbeitslose Personen oder solche, deren Arbeitsbereiche aktuell durch die Krise betroffen werden, als Erntehelfer einzusetzen, nicht der Realität der landwirtschaftlichen Arbeit, und Entsprechendes gilt für die Pflegearbeit. Denn im Fall der Landwirtschaft sind die Tätigkeiten mit einem bestimmten Wissen verknüpft, das aufgrund von Erfahrungen entsteht und im Sinne der Soziologie Wissensreservoirs bildet sowie mit Reziprozitätsbeziehungen, gegenseitigem Verständnis, umfassender zeitlicher Verfügbarkeit und flexiblen Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten. Im Fall der Krankenversorgung und der Pflege älterer Menschen ist dies wiederum stark an die Höhe der Löhne und die Arbeitsbedingungen gebunden. 24 Stunden pro Tag zur Verfügung zu stehen, das wird normalerweise nur von Migrant\*innen akzeptiert. Die Erntearbeit ist körperlich höchst anstrengend, wird durch Wetterbedingungen erschwert und nur Menschen mit entsprechender Erfahrung und spezifischem Wissen können solch extrem lange Arbeitsschichten und die Arbeitsbedingungen überhaupt ertragen. Die Arbeiter\*innen aus dem Osten Europas sowie mexikanische und zentralamerikanische Migrant\*innen in den USA haben diese Erfahrung nach und nach aufgebaut und ihre Handlungsmacht genutzt, um mit ihren Arbeitgebern im Laufe der Jahre Arbeitsbeziehungen auszuhandeln und die Situation für sich angemessen zu gestalten und damit aus ihrer Perspektive erfolgreich zu sein. Daher ist es notwendig, dass wir als Bürgerinnen diese Arbeit und Leistung auch jenseits der Krise anerkennen, denn sie werden nach dieser Phase ja weiterhin in Supermärkten, auf den Feldern

und den Gewächshäusern, in der Lebensmittelindustrie und auf Baustellen arbeiten, als Hilfskräfte in Restaurants spülen oder Mahlzeiten vorbereiten, Krankenhäuser und Schulen putzen oder unsere Eltern und Großeltern pflegen. Die Pandemie macht sichtbar, dass es nicht darum geht, diese Arbeitskräfte durch arbeitslose oder unterbeschäftigte Personen zu ersetzen und auch nicht darum sie bloß in Krisenzeiten zu rufen und wertzuschätzen, sondern darum auch nach der Krise anzuerkennen, dass sie und ihr Beitrag zu unserer Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar sind. Soziologisch ausgedrückt, müssen hier durch uns alle ein System des Nichtwissens konfrontiert werden, das der mangelnden Anerkennung zugrunde liegt. Wir hoffen, dass dies nach der Pandemie in unserer kollektiven Erinnerung bleibt.